

5 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaltenpflegegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3557

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Drucksache 17/4137

zweite Lesung

Die Aussprache ist eröffnet. Ans Pult tritt für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Oellers. Bitte schön.

Britta Oellers (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Derzeit leben rund 640.000 Pflegebedürftige in Nordrhein-Westfalen. Mit der steigenden Lebenserwartung wird bis 2060 ein weiterer Anstieg auf 920.000 Personen prognostiziert. Dies bedeutet in Zukunft rund 30 % mehr Pflegebedürftige in unserem Land. Pflege betrifft jeden, nicht nur die Abgeordneten hier im Hause oder im Bund.

Die Zahlen zeigen vor allem eines: Wir werden auch in Zukunft deutlich mehr gut ausgebildete Fachkräfte in der Pflege brauchen.

(Beifall von der CDU)

Schon heute fehlen laut Landesbericht Gesundheitsberufe 2.290 Fachkräfte, davon 1.055 in der Altenpflege. In Nordrhein-Westfalen werden zurzeit rund 18.750 Auszubildende in der Altenpflege mit Bundes- und vor allem Landesmitteln gefördert. Ihre Ausbildungsvergütung wird seit 2012 im Umlageverfahren durch einen Ausbildungsfonds finanziert, in den alle Pflegeeinrichtungen des Landes je nach Größe einzahlen müssen. Seit es diesen Topf gibt, haben sich die Azubizahlen beinahe verdoppelt – ein gutes Zeichen, denn wir brauchen all diese Fachkräfte in der Zukunft dringend.

Doch werfen wir auch einen Blick auf die Finanzierung der Fachseminare, die für die Ausbildung der Altenpflegerinnen und Altenpfleger verantwortlich sind. Bereits 2014, während der Beratungen zum Gesetz zur finanziellen Beteiligung an den Schulkosten für die Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern und über die Berufsausübung der Gesundheitsfachberufe, konnte man den zahlenreichen Stellungnahmen – darunter zum Beispiel die der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände – entnehmen, dass eine Kostenbeteiligung des Landes in Höhe von 280 Euro monatlich bei Weitem, nicht einmal im Ansatz, die tatsächlichen Kosten der Fachseminare decken und hinter dem Bedarf zurückbleiben würde.

Das System war demnach von Anfang an durch die rot-grüne Landesregierung unterfinanziert.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] –
Gegenruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Obgleich die Fachseminare immer wieder vorgetragen haben, dass mit dieser finanziellen Ausstattung die erforderliche Qualität auf der Grundlage der Strukturstandards in der Ausbildung nicht gewährleistet sei, wurde dieser Betrag in Höhe von 280 Euro gesetzlich festgelegt.

Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitsgemeinschaft – neben vielen anderen – damals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass mit einer Festlegung auf diesem niedrigen Niveau letztlich ein finanzielles Defizit festgeschrieben wird.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir haben eine Absenkung gemacht, und Sie waren doch dabei! –
Gegenruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Einhellige Forderung war damals, die Kostenbeteiligung durch das Land auf mindestens 360 Euro festzulegen. Doch unter Rot-Grün ist dann leider wie immer nichts mehr passiert.

Die NRW-Koalition hingegen verbessert nun die Finanzierung der Fachseminare in erheblichem Maße durch die Erhöhung der Schulkostenpauschale von monatlich 280 Euro auf 380 Euro pro Auszubildenden.

Damit stehen für die Ausbildung in der Altenpflege künftig rund 85,5 Millionen Euro zur Verfügung. Die NRW-Koalition investiert bei gleichbleibender Platzzahl zusätzlich 22,5 Millionen Euro in die Ausbildung – ein längst überfälliges Signal für die Altenpflegeausbildung im Allgemeinen und im Besonderen für die Fachseminare, die ein umfangreiches Ausbildungsangebot vorhalten.

Die mit dem vorliegenden Gesetz angestrebte Erhöhung der Schulkostenpauschale stellt außerdem sicher, dass sich die Fachseminare auf die Reform der Pflegeberufe und die Zusammenführung der drei bisher getrennt durchgeführten Ausbildungen zur Alten-, Kranken- sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflege ab 2020 auf eine gemeinsame Ausbildung vorbereiten können.

Die anstehende Umbruchsituation bedeutet für die Fachseminare sicherlich eine Herausforderung. Immerhin werden die herkömmlichen Ausbildungen und die neue gemeinsame Ausbildung der Pflegeberufe für den Übergang noch einige Jahre parallel abgewickelt werden müssen. Insofern ist auch hier die finanzielle Unterstützung durch das Land notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir noch ein Wort zum Änderungsantrag der Grünen, den Haushalt und die Schulkostenpauschale betreffend. Hier fordert die Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen allen Ernstes die Erhöhung der Schulkostenpauschale von 280 Euro auf gleich 500 Euro. Dies würde Mehrausgaben von mindestens 17 Millionen Euro bedeuten.

Als ich diesen Antrag gelesen habe, musste ich mich doch wundern. Die Grünen schaffen es hier mal wieder, äußerst großzügig Steuermittel zu verteilen – wohlgermerkt, aus der Opposition heraus. Denn 2014 hatte Rot-Grün, wohlwissend, dass die Fachseminare damit unterfinanziert sind, die 280 Euro gesetzlich festgeschrieben.

Solide Haushaltspolitik geht wirklich anders. Der einstimmige Beschluss des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum vorliegenden Gesetzentwurf zeigt mir, dass auch die anderen Fraktionen dies erkannt haben.

Als NRW-Koalition stehen wir zum Leitbild einer soliden, nachhaltigen und generationsgerechten Haushalts- und Finanzpolitik. Dazu zählt für uns auch, dass unser Sozialstaat nicht schon heute die Gelder der kommenden Generationen ausgeben und mit Steuermitteln sorgfältig umgehen sollte. Deshalb erhöhen wir die Schulkostenpauschale jetzt bis 2026 auf 380 Euro monatlich pro Azubi. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Oellers. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Lück das Wort.

Angela Lück (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bestehenden Herausforderungen in der Altenpflege machen es zwingend notwendig, den Pflegeberuf und seine Ausbildung attraktiver zu machen. Im Mittelpunkt steht dabei die Bedeutung der neuen Pflegeausbildung. Ziel ist es, die Pflegeausbildung ab 2020 zu verbessern und die Ausbildung für zukünftige Fachkräfte attraktiver zu machen.

Die SPD-Fraktion im Landtag setzt sich intensiv für bessere Rahmenbedingungen für die Pflege in Nordrhein-Westfalen ein. Wir sind der festen Überzeugung, dass dem Fachkräftemangel in der Pflege durch gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen entgegengewirkt werden muss.

Eines der größten Probleme hierbei ist, dass die Finanzierung der Altenpflegesschulen bei Weitem nicht ausreichend ist. Diese beträgt, wie gesagt, zurzeit 280 Euro und soll mit dem vorgelegten Gesetzentwurf auf 380 Euro erhöht werden.

Frau Oellers, trotz des einstimmigen Beschlusses im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales finde ich, dass es der Sache nicht gerecht wird, hier jetzt wieder die parteipolitische Geige zu spielen und Rot-

Grün zu beschimpfen, wir hätten das nicht ausreichend finanziert, und eigentlich mache nur Schwarz-Gelb eine gute Politik.

(Beifall von der SPD)

Ich muss darum heute noch einmal deutlich machen: Wenn es uns gemeinsam darum geht, die Pflege zu stärken und finanziell besserzustellen, muss man sagen: Auskömmlich ist sie mit den 380 Euro immer noch nicht,

(Minister Karl-Josef Laumann: Na, na!)

aber es ist ein Weg dorthin. Wir begrüßen deshalb generell die Erhöhung der Pauschale.

Wichtig ist uns auch, dass gerade vor dem Hintergrund der Umstrukturierung der Pflegeausbildung die Altenpflegesschulen möglichst auskömmlich finanziert werden. Wenn durch das Bundesgesetz zur Reform der Pflegeberufe die drei Ausbildungen in der Pflege zusammengeführt werden sollen, dann ist eine gute Übergangssituation notwendig, die den Schulen viel abverlangt.

Wir wissen, dass die alte und die neue Ausbildung für längstens sechs Jahre parallel laufen können. Dabei müssen die Pflegeschulen unterstützt werden. Wir begrüßen deshalb den vorliegenden Gesetzentwurf und würden ihm heute zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Lück. – Die FDP-Fraktion wird nun von Frau Schneider vertreten.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Altenpflegekräfte in den Heimen und in den ambulanten Diensten leisten eine hervorragende und verantwortungsvolle Arbeit in einem mit hohen Anforderungen und Arbeitsbelastungen verbundenen, aber wunderschönen Beruf.

Fachkräfte werden überall gesucht. Mit der Pflegeberufereform werden künftig die bisher gesonderten Ausbildungen der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege zu einer einheitlichen generalistischen Pflegeausbildung zusammengefasst. Damit sollen die Pflegeberufe aufgewertet werden.

Wir sehen jedoch die Gefahr, dass die Reform zulasten der bisherigen Ausbildung in der Altenpflege geht. Gerade kleinere Pflegeheime und ambulante Dienste werden durch zusätzliche Bürokratie belastet. Das fördert die Bereitschaft zur Ausbildung sicher nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zudem haben die bisherigen Altenpflegesschulen Nachteile gegenüber den Krankenpflegesschulen,

wenn es um ein umfassendes Unterrichtsangebot mit entsprechend qualifizierten Lehrkräften geht.

Wir können auf die Altenpflegesschulen nicht verzichten, um Nachwuchs zu gewinnen; ansonsten wäre ein Abbau von Kapazitäten in der Ausbildung zu befürchten. Das wiederum wäre für die Pflege in ganz Deutschland fatal.

In Nordrhein-Westfalen hat die neue Landesregierung aus Christdemokraten und FDP im April 2018 ein Begleitgremium zur Umsetzung der Pflegeberufereform eingerichtet, an dem neben Verbänden, Hochschulen und Krankenkassen auch die Pflegeschulen beteiligt sind. Dieses Gremium erörtert beispielsweise Vorschläge zur Unterstützung der inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeschulen.

Künftig wird es zu mehr Kooperationen der bisherigen Schulen unterschiedlicher Träger kommen. Wir müssen aber verhindern, dass die bisherigen Schulen schließen, bevor sich neue Strukturen etabliert haben, und deshalb die Fachseminare für Altenpflege im Prozess des Umbruchs unterstützen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein wesentlicher Punkt für die Arbeit der Pflegeschulen ist die Landesbeteiligung an den Schulkosten in der Altenpflegeausbildung. Wir haben von vielen Schulen gehört, dass die Höhe der Schulkostenpauschale von monatlich 280 Euro pro Schulplatz schon lange nicht mehr ausreicht. Anpassungen an Steigerungen bei Personal- und Sachkosten seien ausgeblieben, und qualifiziertes Pflegepersonal in der Altenpflege könne keine der Krankenpflege vergleichbare Vergütung erhalten.

Die vorherige rot-grüne Landesregierung hat zwar 2015 die Landesbeteiligung gesetzlich fixiert, aber weder in diesem Zusammenhang noch in den Jahren davor oder danach eine Erhöhung des Betrags von 280 Euro vorgesehen. Das zeigt deutlich das Versäumnis des früheren grünen Ministeriums.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ihre Forderungen zu weiteren Erhöhungen der Schulkostenpauschale sind deshalb völlig unglaublich.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD)

Die NRW-Koalition hingegen hat dieses Problem erkannt und handelt jetzt. Wir werden mit der Verabschiedung dieses Gesetzes die monatliche Schulkostenpauschale des Landes für die Ausbildung in der Altenpflege von 280 Euro auf 380 Euro je Schulplatz erhöhen. Dazu werden wir mit der Verabschiedung des Landeshaushalts für 2019 den entsprechenden Haushaltsansatz um 22,5 Millionen Euro auf dann insgesamt 85,5 Millionen Euro erhöhen.

Dies ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Pflegeschulen.

Wir können so auch die Voraussetzungen für gute und zukunftsfähige Ausbildungsstrukturen schaffen. Zudem wollen wir den Fachseminaren für Altenpflege im Hinblick auf die Pflegeberufereform vergleichbare Chancen wie den Krankenpflegesschulen beim Wettbewerb um Auszubildende und Lehrkräfte ermöglichen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Künftig wird mit der Pflegeberufereform erstmals auch die Finanzierung aller Pflegeausbildungen sowohl hinsichtlich der Ausbildungsvergütung als auch der Schulkosten bundesweit geregelt. Dazu wird ein neu aufzubauender Ausgleichsfonds zur Finanzierung der generalistischen Pflegeausbildung eingerichtet, an dem neben Krankenhäusern, stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und der Pflegeversicherung das Land mit einem Kostenanteil von rund 9 % beteiligt sein wird.

Für 2019 werden dies zunächst 30 Millionen Euro sein. Diese zusätzlichen Mittel neben der Erhöhung der Schulkostenpauschale sind aber erst einmal zu erwirtschaften. Ich wundere mich deshalb schon, dass von den Grünen hier noch weitere zig Millionen Euro gefordert werden.

Die bisherige Altenpflegeausbildung und damit auch die Zahlungen des Landes für die Schulkostenpauschale werden von 2020 bis 2026 sukzessive auslaufen. Auch wenn der Rückgang der Schülerzahlen teilweise für Einsparungen genutzt werden kann, könnten wir Spielräume erhalten, um die Schulkostenpauschale weiter anzupassen. In dieser Übergangsphase wollen wir zur Bewältigung der Herausforderungen bei der Umstellung auf die neue Pflegeausbildung eine auskömmliche Finanzierung sichern.

Ich freue mich, dass wir mit der Verabschiedung der Änderungen des Landesaltenpflegegesetzes heute einen ersten großen Schritt in die richtige Richtung schaffen, und danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneider. – Jetzt spricht für die grüne Fraktion Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon einigermaßen erstaunt, wie wenig Geschichtsbewusstsein die Fraktionen von CDU und FDP haben. Auch der Minister, der hier amtiert, hat offensichtlich seine eigenen Taten vergessen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Nein!)

Es war 2006 und 2007, Ihr Haus, Ihre Regierung,

(Zurufe von der CDU – Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

die die Altenpflegepauschale an den Schulen von 317 Euro pro Jahr auf 280 Euro abgesenkt hat. Schämen Sie sich eigentlich nicht, sich hier so aufzustellen, wie Sie das heute gemacht haben?

Wenn diese Regierung damit zufrieden ist, zu behaupten – und ich werde gleich ausführen, dass nicht einmal das stimmt –, das, was jetzt nicht ausreicht, sei vorher noch ein bisschen schlechter gewesen, dann machen Sie sich lächerlich. Ein Platz in der Pflege wird 180 Tage lang nicht mit einer qualifizierten Person besetzt, weil wir schlicht die Leute nicht finden. Und Sie sind zufrieden, wenn Sie sagen, wir seien ein kleines Schrittchen weiter. Das ist viel zu wenig! Das ist lächerlich und der Situation einfach nicht angemessen.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister Laumann, von 2010 bis 2017 haben sich die Zahlen in der Altenpflegeausbildung verdoppelt. So zu tun, als hätte sich da nichts getan, ist einfach nicht in Ordnung.

Ausdrücklich loben will ich Sie für Ihren Kampf, von 280 Euro auf 380 Euro zu kommen. Das ist aller Ehren wert. Deswegen werden wir dem heutigen Gesetzentwurf selbstverständlich zustimmen, damit diese 100 Euro auch ankommen. Das finde ich ganz hervorragend.

In den letzten Jahren hat sich jedoch einiges getan. Der Bundesgesundheitsminister hat ein Pflegestärkungsgesetz auf Bundesebene aufgelegt, was dazu führen wird – da sind wir uns auch fachlich einig, zumindest hatte ich im Ausschuss den Eindruck –, dass die potenziellen Auszubildenden eher wieder in Richtung Krankenpflege getrieben werden, sodass die Altenpflege bei der Auswahl möglicherweise wieder ins Hintertreffen gerät.

In einer solchen Situation – ich wiederhole es noch einmal –, in der eine Stelle für eine examinierte Altenpflegerin 180 Tage lang nicht besetzt wird, mit rückwärtsgewandten Repliken zu operieren: „Ach, Rot-Grün war auch nicht besser“, ist doch nicht angemessen.

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE])

Wir müssen dafür sorgen, dass jede Person, die einen Ausbildungsplatz bekommen kann, diesen Ausbildungsplatz auch bekommt, dass die Arbeit vernünftig vergütet wird und dass wir die Menschen im Beruf halten können. Ich verstehe gar nicht, wie man in einer solchen Situation noch solche Gefechte führen kann.

Wir Grünen sind der festen Überzeugung, dass die Pflege – das haben Sie am Montag auch so formuliert – schon abgehängt ist. Wir müssen alles, was in unserer Macht steht, tun, um die Situation sehr deutlich und merklich zu verbessern, sonst machen wir uns an den künftigen Generationen schuldig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Oellers?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Selbstverständlich.

Britta Oellers (CDU): Vielen Dank, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Sie sagen: Das ist zu wenig. – Da vermisse ich wirklich Entscheidungen, die in den letzten sieben Jahren hätten getroffen werden müssen, wenn das so wichtig ist. Warum haben Sie da nichts geändert?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Kollegin, ich habe ja eben versucht, das darzustellen. Anscheinend haben Sie der Rede nicht gelauscht. Aber ich sage es gerne noch einmal; das wird ja nicht auf die Redezeit angerechnet.

Vielleicht schauen Sie mal in den Haushaltsplan. Sie haben jetzt 6 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen gegenüber 2017.

(Lachen von der CDU)

– Sie lachen darüber? Lachen Sie ernsthaft darüber?

(Zurufe von der CDU)

Haben Sie sich mit der Situation in diesem Land einmal substantiell auseinandergesetzt? Finden Sie es ausreichend, sich feixend hinzustellen und zu sagen: „Ach, Ihr habt vor sieben Jahren dieses und jenes nicht gemacht“? – Ich finde das mittlerweile echt nicht mehr zu ertragen, wie Sie hier agieren. Wir brauchen eine zukunftsgerichtete Politik, und da ist die Altenpflege verdammt nochmal einer der zentralsten Bereiche. Und Sie sind zufrieden damit, dass Sie ein bisschen mehr geschraubt haben, als wir das vielleicht gemacht haben,

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

obwohl Sie 6 Milliarden Euro mehr im Haushalt haben? Das finde ich einigermaßen erstaunlich, Frau Kollegin.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann – Weitere Zurufe)

Die Altenpflege liegt mir sehr am Herzen, nicht nur, weil ich da selbst unterwegs war, sondern weil ich der festen Überzeugung bin – bei allen fachlichen Unterschieden, etwa was die Quartiersentwicklung oder sonstige Maßnahmen in der Pflege anbetrifft –, dass wir zunehmend examiniertes Fachpersonal brauchen werden.

(Zurufe von der CDU und der SPD)

Deswegen ist es richtig, Herr Minister Laumann, die Mittel jetzt um 100 Euro pro Ausbildungsplatz aufzustocken. Es ist nicht richtig, diese kleine Summe – seien es 25 Millionen Euro, wenn wir bundesweit von mehreren 10.000 fehlenden Ausbildungsplätzen sprechen – nicht zu investieren, auf Zeit zu spielen und zu hoffen, dass das im nächsten Jahr besser wird.

Sie sorgen dafür – deswegen rege ich mich auf –, dass wieder drei Jahre lang Menschen ins Hintertreffen gelangen, dass wieder drei Ausbildungsjahrgänge nicht so ausgestattet sind, wie es eigentlich sein müsste. Sie haben haushaltspolitisch die Chance, das gut auszustatten.

Wir haben Ihnen auch einen Deckungsvorschlag geliefert. Sie haben genug Spielraum, um das zu finanzieren. Bringen Sie Ihren Finanzminister dazu, dieses Geld bereitzustellen. Machen Sie es ein Stück besser, damit es ein Gesamtkonzept wird.

Selbst dann, wenn wir bei 500 Euro beim Fachseminar sind – das will ich ganz offen sagen –, wird es schwierig werden, genügend Leute zu finden, die diese Ausbildung machen, beenden und dauerhaft in der Altenpflege arbeiten. Das ist mir völlig klar. Aber wenn wir es nicht tun, verschlechtern wir die Situation noch einmal in unnötiger Weise. Die Zeit gibt es her, und deswegen sollten wir es jetzt tun.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Rock. Würden Sie die auch zulassen?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Selbstverständlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist freundlich von Ihnen. – Bitte schön, Herr Rock.

Frank Rock (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Hätten Sie in den letzten sieben Jahren so viel Engagement gezeigt wie heute in Ihrer Rede, wäre es uns ein Stück besser gegangen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Och!)

Ich frage ganz kurz und bitte um eine kurze Antwort: Wieviel Euro hat die ehemalige Landesregierung in

dem Bereich durchgesetzt? Wie viel Euro? Ich brauche keine Erklärung, sondern ich will wissen, wieviel Euro die alte Landesregierung für diesen Bereich eingesetzt hat.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Ich bitte um Verständnis, dass ich die Zahlen euromäßig nicht im Kopf habe. Aber wir haben die Zahl der Ausbildungsplätze in dem Bereich von 10.000 auf 20.000 erhöht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist die Quintessenz. Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn wir damals ein paar Euro mehr in der Hand gehabt hätten, dann hätten wir selbstverständlich in dem Bereich auch noch mehr tun müssen. Das ist doch gar keine Frage. Aber die Haushaltssituation ist jetzt deutlich anders. Sie haben Überschüsse zu verzeichnen und hauen die Kohle für Projekte raus, die ich für völlig falsch halte.

Der Landesverkehrsminister hat der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung gesagt, er sei bereit, 127 Millionen Euro – das entspricht übrigens exakt dem kompletten Etat, der 2017 für die Landesstraßen zur Verfügung gestanden hätte – für etwas anderes auszugeben. Sie müssen auch mal Prioritäten setzen. Sie setzen nirgendwo Prioritäten und schauen nur in die Vergangenheit.

Ich sage es noch einmal: Wenn es möglich gewesen wäre, hätten wir noch mehr investieren müssen; das ist keine Frage. Aber das Land Nordrhein-Westfalen hat im Vergleich zu den anderen Bundesländern schon eine Menge getan. Wenn wir das nicht gemacht hätten und auf dem Niveau von 2008 geblieben wären, würden jetzt noch einige Tausend Ausbildungsplätze mehr fehlen. Das ist tragisch, obwohl heute eigentlich ein Tag der Freude ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir einen Schritt in die richtige Richtung gehen.

Herr Minister, ich verstehe nicht, warum die Landesregierung diesen Weg nicht konsequent zu Ende geht und die Kostenpauschale für alle auf 500 Euro festsetzt. Dann könnten wir den Auszubildenden sagen: In der Altenpflege gelten die gleichen Bedingungen wie in der Krankenpflege. – Das muss doch die Ansage sein. Wer Generalistik bestellt, muss auch Generalistik bezahlen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Das machen wir ja!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Nun spricht für die AfD-Fraktion Herr Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Normalerweise ist ein parlamentarischer Beratungsverlauf wenig deckungsgleich mit einer Daily Soap. Es gibt wenige unvorhergesehene Ereignisse und wenige logische Brüche. So dachte ich jedenfalls. Deswegen hat es mich ein bisschen gewundert, dass wir jetzt noch einmal über dieses Gesetz beraten. Schließlich ist es bereits im Ausschuss zu einer weitgehenden Übereinstimmung in den Zielen gekommen.

Wir alle sind uns einig, dass es in der Altenpflege erhebliche Probleme gibt. Wer das letztendlich historisch verschuldet hat und wer dafür wem den Schwarzen Peter zuschieben möchte, das ist Ihre Angelegenheit. Es ist ein bisschen traurig, dass Sie sich untereinander so sehr streiten. Wenn Sie sich schon streiten, wissen wir gar nicht mehr, wofür wir hier sind. Eigentlich sind wir doch diejenigen, die sich empören sollen. Das verwundert ein Stück weit.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das wird Ihnen nicht gelingen mit Ihrer Art!)

– Schön. Es verwundert, dass Sie hier noch so viel Klärungsbedarf sehen.

Erst einmal ist festzustellen: Es ist positiv, dass Klarheit darüber herrscht, dass man, wenn ein Mangel an Pflegeplätzen festgestellt wird, am Anfang beginnt, nämlich bei den Ausbildungsplätzen. Diese muss man auskömmlich finanzieren, das ist doch vollkommen logisch. Es ist ein Stück weit unseriös, wenn jetzt darüber gestritten wird.

Die gesamte Haushaltsdebatte vonseiten der SPD und der Grünen ist unseriös geführt worden, da keine Gegenfinanzierungsvorschläge eingebracht wurden, sondern es nur hieß: Jeder soll noch ein bisschen mehr bekommen; an dieser und an jener Stelle soll noch etwas draufgelegt werden.

Natürlich ist es gerade im Bereich Arbeit und Soziales unglaublich schwierig, Verbände zu finden, denen man etwas wegnehmen kann. Das ist immer bitter und löst einen Aufschrei aus. Immer nur mehr zu fordern, kann am Ende aber auch nicht die Lösung sein. Es ist nun einmal sehr schwierig, in diesem Bereich überhaupt Geld bereitzustellen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das überrascht niemanden, wenn ein Arzt sagt, dass es nicht mehr Geld für die Pflege gibt!)

– Sie müssen mir zuhören. Ich sagte gerade, es sei etwas Gutes, dass dafür mehr Geld bereitgestellt wird. Ich weiß nicht, warum Sie mir nicht folgen konnten. Dann versuche ich, mich simpler auszudrücken: Es ist etwas Gutes, dass wir mehr Geld für die Ausbildungsplätze freimachen.

Sie behaupten immer gern, wir seien so ein reiches Land. In den Haushaltsdebatten habe ich aber nicht erlebt, dass ein Ministerium zu dem anderen sagt:

Nimm du mal lieber die Milliönchen, wir haben schon genug. – Hier wird im Gegenteil immer um jeden Euro gestritten.

Es gibt extrem viele Ministerien und andere Orte, an denen das Geld gut investiert ist und für etwas Gutes ausgegeben wird. Dann ist es doch absolut nachvollziehbar, dass man die Kirche auch im Dorf lassen muss. Woher sollen denn die jungen Leute kommen? Sie sagen nur: Wir könnten noch weiter erhöhen.

An anderer Stelle, Stichwort „Medizinstudienplätze“, herrscht genau dasselbe Problem. Auch in dem Zusammenhang wäre es unseriös, die Zahlen einfach zu verdoppeln.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich kann mich wirklich nicht empören! Ich muss mich fast kaputt-lachen! – Lachen von der SPD – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Mediziner kommen doch alle gar nicht!)

– Ich kann mich nur wiederholen: Das ist unseriös. Darüber jetzt in ein solches Gelächter auszubrechen, ist übrigens auch unseriös.

Bereiten Sie die Haushaltsdebatte doch vernünftig vor und sagen Sie, woher das Geld kommen soll. Dann nehmen Sie es doch bitte von den Verbänden, an die Sie sich so klammern. Dagegen wehren Sie sich und sagen sogar, man müsse, um ein Zeichen zu setzen, statt 100.000 Euro oder 200.000 Euro wegzunehmen, das Doppelte oder Dreifache draufschlagen. Dann sagen Sie doch, woher das Geld kommen soll.

Ich bin fest davon ausgegangen, dass wir diese Debatte ruhig, seriös und vor allen Dingen in aller Kürze führen können, weil wir uns in einem Punkt einig sind: Im Bereich der Pflege muss etwas getan werden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Gerade bei einem Thema, bei dem man konsensual voranschreiten sollte, ist es einfach unwürdig, darüber zu streiten, wie wir es genau machen sollten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung hat nun Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will heute gar nicht darüber sprechen, dass die Landesregierung im Jahr 2010 einige Milliarden Euro zur Verfügung hatte, um die Studiengebühren in diesem Land abzuschaffen, aber im selben Jahr die geringen Landeszuschüsse zur PTA-Ausbildung auf null heruntergesetzt hat.

(Beifall von der FDP und der AfD)

Ich will gar nicht darüber reden, dass es Ihnen wichtiger war, die Studiengebühren für Ärzte abzuschaffen, die 100.000 Euro und mehr im Jahr verdienen, dass Sie aber im Bereich der PTA-Ausbildung, der Logopädie und der Psychotherapie – in diesen Berufen verdienen die Menschen 30.000 Euro im Jahr – in all den Jahren nichts gemacht haben.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Das Ergebnis Ihrer Politik war, dass diejenigen, die 100.000 Euro im Jahr verdienen, die Ausbildung voll über den Staat finanzieren konnten, und diejenigen, die unter 30.000 Euro im Jahr verdienen, allein auf den Ausbildungskosten sitzenblieben. Das war Ihre Politik, so haben ich sie erlebt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe alles eingehalten, was ich im Wahlkampf versprochen habe. Ich habe gesagt, dass wir die Kostenpauschale der Altenpflegeschulen erhöhen werden. Heute liegt der entsprechende Gesetzentwurf vor, in dem steht, dass wir die Kostenpauschale um 100 Euro erhöhen. Ich habe in meinem Haushalt nicht mehr Möglichkeiten gesehen als eine Erhöhung um diese 100 Euro.

Wir haben ja nachher noch einen Tagesordnungspunkt, bei dem Sie sich auch zum Schutzpatron aufspielen und die Gegenfinanzierung ablehnen werden.

Ich will einen weiteren Punkt nennen. Wir gehen mit diesem Haushalt einen gewaltigen Schritt in Richtung Schulgeldfreiheit für die sogenannten Therapieberufe. Das muss man doch in einem Zusammenhang sehen. Das ist zunächst einmal der Wurf für das nächste Jahr.

Einerseits haben viele Altenpflegeschulen erklärt, dass sie mit den 100 Euro gar nicht mehr gerechnet hätten, weil sie so viele Jahre vertröstet worden seien und ohnehin keinem Politiker mehr glauben würden. Andererseits haben all die Leute, die in den Therapieberufen tätig sind, nicht mehr daran glaubt, dass wir nahezu Schuldgeldfreiheit einführen. Dazu sage ich: Es ist ein gewaltiger Fortschritt, was die Aufwertung der nichtakademischen Gesundheitsberufe in diesem Land betrifft.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Herr Minister, mir liegen zwei Wünsche nach Zwischenfragen vor. Gestatten Sie diese?

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja, bitte.

Präsident André Kuper: Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich möchte auf den Zusammenhang eingehen, den Sie gerade hergestellt haben. Sie legen großen Wert darauf, dass es auch für nichtakademische Gesundheitsberufe eine Schulgeldfreiheit geben soll. Es ist unbestritten, dass Sie in diese Richtung das Richtige tun. Auch wir begrüßen diesen Schritt, aber er reicht unserer Kenntnis nach nicht aus. Sei's drum!

Halten Sie es allerdings wirklich für geboten, die Gebührenbefreiung für Kinder aus Nichtakademikerfamilien im Bereich der Bildung dagegenzuhalten? Halten Sie das wirklich für klug? Was soll mir diese Argumentation sagen?

(Beifall von der SPD)

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Kollegin Altenkamp, ich wollte Sie nur daran erinnern, dass Sie damals Prioritäten gesetzt und die akademische Ausbildung mehr wertgeschätzt haben als die nichtakademische Ausbildung in unseren Gesundheitsberufen. Daran wollte ich eigentlich nur erinnern.

(Beifall von der CDU)

Dass wir Studiengebühren nicht wieder einführen, hat sich vielleicht auch bei Ihnen rumgesprochen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was ist denn das für eine Logik? Das geht so nicht weiter!)

Ich kritisiere das gar nicht, sondern sage nur, dass Sie zum gleichen Zeitpunkt die Studiengebühren in diesem Land abgeschafft haben und aus der staatlichen Förderung der PTA-Schulen ausgestiegen sind. Auch das ist eine historische Wahrheit.

Wenn ich das gemacht hätte, Herr Mostofizadeh, dann würde ich etwas bescheidener auftreten, als Sie das hier in diesem Parlament zurzeit tun. Etwas bescheidener würde ich auftreten!

(Beifall von der CDU)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich bin mit mir völlig im Reinen. Ich bin der Minister, der dafür sorgt, dass wir bei den Therapieberufen endlich weiterkommen. Im Übrigen zeichnet sich dort genau der gleiche katastrophale Mangel ab, wie wir ihn auch bei den Pflegeberufen verzeichnen.

Es ist unbenommen, dass es richtig war, dass Sie die Umlage eingeführt haben; das habe ich immer gesagt. Die Umlage war der Grund, warum die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege so stark gestiegen ist. Aber ich darf auch daran erinnern, dass

noch in meiner Ministerzeit all die Gutachten in Auftrag gegeben worden sind, die die Grundlage dafür waren, dass wir die Umlage überhaupt einführen konnten. Dann ist mir eine Landtagswahl dazwischengekommen, sonst hätte ich die Umlage eingeführt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Hätte, hätte, Fahrradkette!)

– Ich wollte Ihnen nur sagen, dass wir in der Frage gar nicht so weit auseinanderliegen.

Jetzt ist doch klar: Im nächsten Jahr haben wir den ersten Jahrgang in der generalistischen Ausbildung. Dann wird die Finanzierung der Schulen über ein anderes System ablaufen. Klar ist auch, dass eine generalistische Altenpflegeausbildung nicht anders bewertet werden kann als eine Krankenpflegeausbildung, um noch in den alten Schranken zu reden.

Ich habe schon im Ausschuss gesagt, dass ich folgenden Plan verfolge: Das Geld, das wir heute in den Altenpflegeschulen haben, müssen wir zum Teil dafür nutzen, um Luft nach oben zu haben und die Erhöhung der monatlichen Kosten in den beiden letzten Lehrjahren stemmen zu können, wenn ein Jahrgang aus den Altenpflegeschulen ausscheidet, weil Prüfungen anstehen.

So will ich erreichen, dass man bei der Einstellung der Auszubildenden nicht zurückhaltender wird. Es wird im nächsten Jahr eine andere Förderung geben, die höher ausfällt. Ich glaube, es wäre klug, sich so zu verhalten, damit wir einen vernünftigen, gleitenden Übergang hinbekommen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen: Natürlich wird die neue Pflegeschule andere Standards haben, auch beim Personal. Deswegen wird sie teurer sein als das momentane System in der Altenpflege, in dem sehr stark mit Dozenten und nicht mit fest angestellten Lehrern gearbeitet wird.

Da tut sich übrigens ein neues Problem auf: Wir bilden in Nordrhein-Westfalen zurzeit nicht genug Pflegepädagogen aus. Deswegen werden wir Übergangslösungen finden müssen. Es kann schließlich nicht sein, dass wir nachher Auszubildende in der Pflege haben, aber keine Lehrer, die sie unterrichten.

Wir müssen also noch viele Steine aus dem Weg räumen. Die Probleme werden wir nicht allein über die Ausbildungsfrage lösen, aber ohne die Ausbildungsfrage werden wir sie erst recht nicht lösen. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Schritte gehen.

Ich denke, dass das die Situation an den Altenpflegeschulen in den nächsten Jahren stark befrieden wird. Dann schauen wir weiter, dass wir auch in den letzten beiden Jahren des getrennten Systems vernünftig klarkommen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schliesse ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt in Drucksache 17/4137, den Gesetzentwurf Drucksache 17/3557 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/3557 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gibt es jemanden, der dagegen ist? – Gibt es jemanden, der sich enthält? – Dann darf ich feststellen, dass wir den **Gesetzentwurf Drucksache 17/3557** einstimmig **angenommen** und **in zweiter Lesung verabschiedet** haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich rufe auf:

6 Die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen ist eine tragende Säule unseres Sozialstaates – Die Partnerschaft zwischen Landesregierung und Freier Wohlfahrtspflege muss weiter gestärkt werden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4123

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4235

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Neumann für die SPD das Wort. Bitte schön.

Josef Neumann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! AWO, Caritas, Diakonie, DRK, Der Paritätische und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland – das ist die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen. Sie ist seit Jahrzehnten ein verlässlicher und unverzichtbarer Partner für die Menschen sowie die politisch Handelnden im Land.

Diese engen Verbindungen gründen sich auf der Einsicht, dass eine sozial gerechte Gesellschaft nicht von oben verordnet werden kann. Vielmehr muss sie aus dem Einsatz und dem Engagement ihrer Mitglieder entstehen und getragen werden.

Die Freie Wohlfahrtspflege sorgt für ein Mehr an gesellschaftlichem Zusammenhalt im täglichen Leben. Mit ihren Einrichtungen und Diensten bietet sie eine